

A 6 TOP 10.5 Keine Zusammenarbeit mit demokratiefeindlichen Parteien und Verbänden

Antragsteller*in: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken
Tagesordnungspunkt: Konferenzteil

Antragstext

1 **Adressat*innen:**

2 Fraktion der SPD im Landtag Rheinland-Pfalz
3 Fraktion der CDU im Landtag Rheinland-Pfalz
4 Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag Rheinland-Pfalz
5 Fraktion der FDP im Landtag Rheinland-Pfalz
6 Fraktion FREIE WÄHLER im Landtag Rheinland-Pfalz
7 Mitgliedsverbände des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz
8 Kooperationsorganisationen des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz

9 Der Landesjugendring möge die im Folgenden genannten Punkte, zur Ablehnung
10 jedweder Zusammenarbeit mit demokratiefeindlichen Parteien und Verbänden sowie
11 die Aufforderung an alle demokratischen, im Landtag vertretenen Fraktionen,
12 nicht mit der AfD zusammenzuarbeiten, beschließen.

13
14 Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz lehnt jegliche Zusammenarbeit mit
15 demokratiefeindlichen Parteien und Verbänden, wie der AfD, ab und verurteilt das
16 vergangene Abstimmungsverhalten im Bundestag, bei dem die CDU- und FDP-Fraktion,
17 sowie die Gruppe des BSW es in Kauf genommen haben, eine Mehrheit mit den
18 Stimmen der AfD-Fraktion fern der demokratischen Mitte zu bilden.

19
20 Der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände verurteilen diesen Tabubruch
21 aufs Schärfste und fordern alle demokratischen Fraktionen im rheinland-
22 pfälzischen Landtag auf, diesen Fehler nicht auch auf Landesebene zu begehen und
23 in keinster Weise mit der AfD-Fraktion zusammenzuarbeiten.

Begründung

24 Demokratie lebt davon, dass demokratische Parteien und deren Abgeordnete in der
25 Lage sind untereinander zu reden und Lösungen sowie Kompromisse zu finden. Zum

26 ersten Mal seit der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 entstand
27 eine Mehrheit für einen Entschließungsantrag im Deutschen Bundestag nur mit den
28 Stimmen der AfD. Des Weiteren wurde von der CDU-Fraktion versucht ein Gesetz,
29 das sogenannte „Zustrombegrenzungsgesetz“, mithilfe der Stimmen der AfD-Fraktion
30 zu verabschieden. Dies scheiterte unter anderem daran, dass mehrere FDP-
31 Abgeordnete, sowie ein paar wenige CDU-Abgeordnete nicht zur Abstimmung
32 erschienen.

33
34 Die AfD ist laut Verfassungsschutz bundesweit ein rechtsextremistischer
35 Verdachtsfall und gilt in drei Bundesländern bereits als gesichert rechtsextrem.
36 Einige Mitglieder der Partei, auch aus hohen Positionen, sind schon mehrfach
37 durch Nationalsozialistische Parolen sowie das Zeigen des Hitlergrußes
38 aufgefallen. Das geht soweit, dass man den Landesvorsitzenden und
39 Fraktionsvorsitzenden der AfD in Thüringen laut Gerichtsurteil als Faschisten
40 bezeichnen darf.

41
42 Das alles zeigt uns, dass die AfD nicht als demokratische Partei betrachtet
43 werden kann.

44
45 Für uns ist klar, dass mit Demokratiefeinden nicht zusammengearbeitet werden
46 darf, damit deren menschenverachtende Ideologien nicht in unserer Gesellschaft
47 normalisiert werden.

48
49 Dies möchten wir auch mit Verweis auf die Weimarer Republik betonen, in der
50 Konservative eingeknickt sind und es toleriert haben, dass die NSDAP in
51 Regierungsverantwortung geraten ist und letztendlich Hitler die Macht übertragen
52 haben, der ohne eigene parlamentarische Mehrheit die Demokratie in die Diktatur
53 führte und die Republik zerstörte.

54
55 Es dürfen keine Mehrheiten gezielt mit Demokratiefeinden gesucht werden, sondern
56 müssen aus der Mitte des Parlaments bzw. der Gesellschaft gebildet werden.

57
58 Wenn Abgeordnete extremistischer, menschenverachtender Parteien jubelnd im
59 Parlament sitzen, dann löst das bei uns große Sorge aus und bewegt uns zu der
60 Aufforderung, dass etwas Derartiges nicht wieder geschehen darf!